



Nr. 27

11. Juli 2013

Inhalt

[dbb Mitgliederwerbung läuft erfolgreich: 20.000 Kolleginnen und Kollegen mehr](#) +++

[Altersgeldgesetz des Bundes passiert Bundesrat – dbb Chef:](#)

[Unsere Forderung ist erfüllt](#) +++

[Zukunftsgespräch mit Kanzlerin - Kritik an zunehmenden](#)

[Befristungen](#) +++

[dbb bundesfrauenvertretung: Von Befristungsroutine überwiegend](#)

[Frauenberufe betroffen](#) +++

[dbb jugend verstärkt Europaarbeit](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Anhaltende Beamtenproteste – Umstrittenes](#)

[NRW-Besoldungsgesetz dennoch verabschiedet](#) +++

[BBW droht mit Verfassungsklage](#) +++

[Sächsischer Beamtenbund begrüßt Schuldenbremse](#) +++

[NBB: Verschobene Besoldungserhöhung wird als Ohrfeige empfunden](#) +++

[dbb mecklenburg-vorpommern: Pauschalkritik unangebracht](#) +++

[tbb reicht Petition zur Besoldung ein](#) +++

[VBB nennt Situation bei Bearbeitung von](#)

[Beihilfeanträgen „unerträglich“](#) +++

[Philologenverband: Schülermobbing wirksamer bekämpfen](#) +++

[VDR: Vielfalt der Bildungswege verhindert Jugendarbeitslosigkeit](#) +++

[Eichkosten weiter bundeseinheitlich geregelt – BTE begrüßt Entscheidung des Bundesrats](#) +++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

dbb Mitgliederwerbung läuft erfolgreich: 20.000 Kolleginnen und Kollegen mehr

(dbb) Die Werbung von neuen Mitgliedern in den Fachgewerkschaften unter dem Dach des dbb läuft sehr erfolgreich: Fast 20.000 Kolleginnen und Kollegen haben sich im vergangenen Jahr dafür entschieden, der für sie zuständigen Fachgewerkschaft beizutreten.

Damit gehörten den dbb Gewerkschaften Ende des Jahres 2012 genau 1.271.563 Mitglieder an, davon 906.820 Beamtinnen und Beamte und 364.743 Tarifbeschäftigte. Bei den absoluten Zuwächsen an Mitgliedern lagen die Gewerkschaften komba, VBE, DSTG, DPhV, GDL und DPoIG vorn.

Der dbb unterstützt die Werbung neuer Mitglieder durch die Fachgewerkschaften zentral mit einer Werbeaktion, die unter anderem eine attraktive Verlosung umfasst.
(01/27/13)

Altersgeldgesetz des Bundes passiert Bundesrat – dbb Chef: Unsere Forderung ist erfüllt

(dbb) Das Altersgeldgesetz des Bundes hat am 5. Juli 2013 den Bundesrat passiert und damit die letzte parlamentarische Hürde genommen. Das Gesetz regelt, dass künftig freiwillig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten die Möglichkeit haben, anstelle der bislang obligatorischen Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber dem vorherigen Dienstherrn im Bundesbereich einen Anspruch auf die Gewährung von Altersgeld geltend zu machen.

„Damit ist eine vom dbb seit langem erhobene Forderung erfüllt“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt. „Wir haben stets auf eine Alternative zur Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung gedrängt, denn bislang wurde ein freiwilliger oder aus strukturellen Gründen ‚notgedrungener‘ Aussteiger so behandelt, als hätte er die höchste Disziplinarstrafe des Beamtenrechts erhalten: Das Beamtenverhältnis endet, dem Beamten werden sämtliche Versorgungsansprüche gestrichen und er wird nur in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Das führte zu einem substantiell geminderten Alterseinkommen.“

Die Höhe des Anspruchs laut Altersgeldgesetz richtet sich nach den zuletzt erhaltenen Bezügen und der abgeleisteten, altersgeldfähigen Dienstzeit. Eine Auszahlung der Altersgeldansprüche erfolgt jedoch grundsätzlich erst mit dem Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze. Das Altersgeld ist keine Versorgung im Sinne des Beamtenversorgungsgesetzes. Mit der Entlassung entsteht vielmehr ein eigenständiger Anspruch auf einen finanziellen Aus-

gleich der bis dahin erworbenen Anwartschaften auf Altersversorgung. Der dbb habe zudem erreichen können, dass die Höhe des Altersgeldanspruchs entsprechend den Beamtenbezügen dynamisiert wird.

Verstärkte Abwanderungstendenzen von Beamten aus dem Bundesdienst – etwa in die Wirtschaft – aufgrund der Neuregelung erwartet Dauderstädt nicht: „Es geht in erster Linie darum, eine ungerechtfertigte Benachteiligung aus der Welt zu schaffen und damit den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv zu halten. Nur wer seinen Leistungsträgern neben guten Einkommens- und Arbeitsbedingungen auch sichere Perspektiven in Sachen Mobilität bietet, wird im Kampf um die besten Köpfe bestehen können.“

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hatte sich am 26. Juni 2013 auf einen Kompromiss zu dem Gesetzentwurf geeinigt, den der Bundestag einen Tag später einstimmig annahm.
(02/27/13)

Zukunftsgespräch mit Kanzlerin - Kritik an zunehmenden Befristungen

(dbb) Beim Zukunftsgespräch der Bundesregierung mit Spitzenvertretern der deutschen Wirtschaft und Gewerkschaften, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel am 4. Juli 2013 nach Schloss Meseberg bei Berlin eingeladen hatte, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die wachsende Zahl von befristeten und Leih-Arbeitsplätzen sowie organisatorischer Veränderungen und Ausgliederungen, die einer verlässlichen Arbeitswelt entgegenstünden.

In der Runde, die sich in diesem Jahr mit den Themen-Schwerpunkten „Herausforderungen der modernen Arbeitswelt“ und „Steigende Nachfrage nach Wissen“ beschäftigte, machte der dbb Chef klar: „Angesichts der demografischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Arbeitswirklichkeit nicht nur im öffentlichen Dienst müssen neue Wege beschritten werden, Arbeitsplätze durch mehr Flexibilität im Zeitmanagement und mehr Selbstbestimmung attraktiver auszugestalten. Andererseits erfordern längere Lebensarbeitszeiten, die Zunahme psychosomatischer Belastungen und verstärkte Digitalisierung der Arbeitsvorgänge eine intensivere Stress-Analyse und Gesundheitsförderung“, so Dauderstädt. Als „falschen Weg“ bezeichnete er befristete Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit: Dies sei Flexibilität ausschließlich zu Gunsten der Arbeitgeber und zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, „die wir in diesem Ausmaß nicht akzeptieren werden“.

Bei dem Treffen im Gästehaus der Bundesregierung auf Schloss Meseberg, das Bundes-

kanzlerin Merkel seit nunmehr vier Jahren mit Spitzenvertretern der Tarifpartner veranstaltet, ging es grundsätzlich darum, wie Deutschland seinen Fachkräftebedarf sichern kann, wenn die Zahl der Erwerbstätigen sinkt. Die Runde, an der neben Merkel sechs Minister des Bundeskabinetts teilnahmen, erörterte vor diesem Hintergrund auch die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine bessere Qualifizierung von Menschen ohne Berufs- und Schulabschluss. Einigkeit herrschte darüber, dass das Potenzial von Menschen mit ausländischen Wurzeln stärker ausgeschöpft werden müsse. Die Kanzlerin sagte nach dem Treffen, zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung Deutschlands gehöre auch lebenslanges Lernen. Dies sei nötig, damit auch Ältere ihren Beruf länger ausüben könnten. Wichtig sei auch, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung zu erhöhen. Merkel zeigte zudem Verständnis für die Gewerkschaftskritik an prekären Beschäftigungsverhältnissen: Man müsse aufpassen, „dass deren Zahl nicht dauerhaft zunimmt“.

(03/27/13)

dbb bundesfrauenvertretung: Von Befristungsroutine überwiegend Frauenberufe betroffen

(dbb) Als „erschütternd“ bezeichnet die dbb bundesfrauenvertretung, „dass im öffentlichen Dienst vor allem in jenen Bereichen, in denen überwiegend Frauen tätig sind, anscheinend keine Hemmungen bestehen, überdurchschnittlich häufig befristet einzustellen“. Die Vorsitzende Helene Wildfeuer stellte dazu am 9. Juli 2013 weiter fest, dies stehe im Widerspruch zu einer nachhaltigen Personalmittelplanung und behindere die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz.

Anlass zur Kritik war ein Bericht des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zur Entwicklung von befristeter Beschäftigung in Deutschland. Danach wird vor allem im öffentlichen Dienst in den Bereichen „Erziehung und Unterricht“ und „Öffentliche Verwaltung“ sehr häufig befristet eingestellt. Die Befristungsanteile liegen hier bei 76 beziehungsweise 60 Prozent. Der Frauenanteil in

diesen Beschäftigungsfeldern beläuft sich auf deutlich über 50 Prozent.

Inbesondere die in dem Bericht dokumentierten niedrigen Übernahmequoten in Zuständigkeitsbereichen der öffentlichen Hand bezeichnete Wildfeuer als unverantwortlich: „Im Bereich 'Erziehung und Unterricht' werden lediglich 18 Prozent, in der 'Öffentlichen Verwal-

tung' 28 Prozent der zeitlich begrenzten Beschäftigungsverhältnisse entfristet. Berufliche

Planungssicherheit sieht anders aus."
(04/27/13)

dbb jugend verstärkt Europaarbeit

(dbb) „Die dbb jugend setzt heute ein starkes Zeichen für die gewerkschaftliche Europaarbeit“, sagte dbb jugend Bundesvorsitzende Sandra Kothe auf der ersten Sitzung der dbbj-Arbeitsgruppe „Jugend in Europa“ am 4. Juli in Berlin.

„Die Arbeitsgruppe wird die Europaarbeit der dbb jugend mit Themenvorschlägen und eigenen Konzepten zu aktuellen Fragestellungen begleiten“, beschrieb Kothe die Aufgaben der sechsköpfigen AG. Auch werde die Gruppe die Gründung und den Aufbau der neuen CESI Youth unterstützen und helfen, das CESI Youth Camp im September in Ungarn vorzubereiten. Zum Sprecher wurde Steven Werner von der VBOB-jugend ernannt.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa stehe derzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, so Steven Werner. „Die kürzlich beschlossene Jugendgarantie ist ein wichtiger erster Schritt. Doch trotz großer Festakte bleiben noch viele Fragezeichen. Wie sieht es mit einer auch langfristig tragbaren Finanzierung aus? Wie können notwendige strukturelle Veränderungen auch tatsächlich in die Tat

umgesetzt werden? Wie können prekäre Arbeitsverhältnisse verhindert werden?“ Die dbb jugend werde sich künftig noch stärker in die Diskussion über die Jugendstrategie der Europäischen Union einschalten.

Ausführlich diskutierte die Arbeitsgruppe die Arbeit der neu zu gründenden CESI Youth. „Der Austausch unter jungen Gewerkschaftern ist wichtig, um zu gemeinsamen Lösungsvorschlägen zu kommen. Die CESI Youth und das CESI Youth Camp im September sind hierfür der richtige Ort“, so die dbb jugend-Vorsitzende. In Europa gebe es riesige Unterschiede etwa bei der Jugendarbeitslosenquote, viele Themen aber seien gleich – so die Frage nach der besten Ausbildung oder das Problem prekärer Beschäftigung.
(05/27/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Anhaltende Beamtenproteste – Umstrittenes NRW-Besoldungsgesetz dennoch verabschiedet

(dbb) Protestaktion vor dem Düsseldorfer Landtag: Am 10. Juli 2013, dem Tag der Beratungen zum Besoldungsgesetz 2013 /2014, hatten Beamtinnen und Beamte auf einer langen Leine rund 2.000 Hemden aufgehängt, um ihren Protest und ihre Enttäuschung über die NRW-Landesregierung zu demonstrieren.

Der DBB NRW und der Deutsche Richterbund NRW hatten zu dieser spektakulären Protestaktion aufgerufen. Polizisten, Lehrer, Kommunalbeamte, Richter und Staatsanwälte folgten dem Aufruf, ihr „letztes Hemd“ zu geben - fühlen Sie sich doch von der Landesregierung verraten und verkauft.

Trotz zahlreicher Demonstrationen der vergangenen Wochen und mehrerer tausend Protest- und Wutschreiben an Regierungsmitglieder und Abgeordnete von SPD und Grünen wurde

mit der rot-grünen Mehrheit das umstrittene Besoldungsgesetz verabschiedet. Der DBB NRW-Vorstand will in der nächsten Woche die weitere Vorgehensweise beraten, um Klageverfahren vorzubereiten. Bereits vor den Beratungen im Landtag hatten CDU- und FDP-Fraktion angekündigt, einen Normenkontrollantrag vor dem Verfassungsgerichtshof NRW anzustreben, wenn der Gesetzentwurf zur Besoldung unverändert verabschiedet wird.

Der Landesvorsitzende des DBB NRW, Meinolf Guntermann, sprach von einem Verstoß gegen das Grundgesetz. Es liege eine Verletzung der amtsangemessenen Besoldung vor.

„Die Folgen sind zwangsläufig Klagen vor den Gerichten.“
(06/27/13)

BBW droht mit Verfassungsklage

(dbb) Der Beamtenbund Baden-Württemberg BBW hat bei weiteren Eingriffen in die Geldbeutel der Staatsdiener mit einer Klage gedroht. „Falls Grün-Rot die Beamtenversorgung anrühren will, würden wir eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ins Auge fassen“, sagte BBW-Landeschef Volker Stich am 10. Juli 2013 der Nachrichtenagentur dpa in Stuttgart.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte kürzlich angedeutet, dass er bei der Versorgung der Beamten noch Spielraum für Kürzungen sehe. Die Beamten erhalten nach Angaben des Beamtenbundes nach 40 Jahren Vollzeitätigkeit 71,25 Prozent ihres letzten Bruttogehalts. Dies erreichten aber nur wenige Staatsdiener, sagte Stich.

erhöhung um bis zu zwölf Monate verschoben wird. „Ich bedaure sehr, dass die Landesregierung unbeeindruckt von unseren Protesten ihren Weg gegangen ist.“ Er hätte sich eine Geste an die Staatsdiener gewünscht, insbesondere bei der langen Verschiebung von zwölf Monaten. „Man hätte etwas auf uns zugehen können“, so Stich.
(07/27/13)

Zugleich kritisierte er die Verabschiedung des Gesetzes im Landtag, mit dem die Besoldungs-

Sächsischer Beamtenbund begrüßt Schuldenbremse

(dbb) Am 10. Juli 2013 hat der Sächsische Landtag einer Novellierung der Landesverfassung zugestimmt, die im Kern eine Schuldenbremse ab 2014 vorsieht. Der Sächsische Beamtenbund (SBB) begrüßte diesen Schritt, stelle er doch eine Weichenstellung für die Finanzierung künftiger Haushalte dar.

„Kein vernünftiger Mensch kann sich einer Schuldenbremse ernsthaft widersetzen“, sagte der SBB-Landesvorsitzende Gerhard Pöschmann, erinnerte allerdings auch daran, dass der Freistaat Einsparungen bisher häufig „am Personal vollzogen hat“. Die Frage, wie viel Staat sich Sachsen zukünftig noch leisten muss und kann, müsse neu beantwortet werden.

Zur Finanzierung der absehbar stark steigenden Versorgungs- und Beihilfeausgaben betreibt der Freistaat finanzielle Vorsorge. Neben der Versorgungsrücklage wurde im Jahr 2005 auf freiwilliger Basis ein Pensionsfonds eingerichtet und in den Folgejahren erweitert.

Für die Versorgungsempfänger beinhaltet die Verfassungsänderung einen Generationen-

fonds. So sollen die Pensionszahlungen und auch Leistungen der Unfallfürsorge abgesichert werden.

„Damit wird für die zukünftigen Versorgungsempfänger ein zuverlässiges Instrument in der Verfassung festgeschrieben, um die zukünftigen Ansprüche einerseits zu sichern und andererseits die Finanzplanungen insgesamt auf eine solide Grundlage zu stellen“, so Pöschmann. Die Mittel sind getrennt vom Staatshaushalt auszuweisen und zweckgebunden zu entnehmen, so dass sie auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht angegriffen werden dürfen.
(08/27/13)

NBB: Verschobene Besoldungserhöhung wird als Ohrfeige empfunden

(dbb) Dass die Erhöhung von Besoldung und Versorgung in Niedersachsen für das kommende Jahr erst zum 1. Juni 2014 vorgenommen werden soll, empfinden die Landes- und Kommunalbeamten als „schallende Ohrfeige“. Das stellte der Landesvorsitzende des Niedersächsischen Beamtenbundes (NBB), Friedhelm Schäfer, am 10. Juli 2013 fest.

„Spätestens die 411 Millionen Euro Mehreinnahmen im ersten Halbjahr 2013 nehmen jeden Rechtfertigungsgrund weg“, so Schäfer weiter. Absehbar sei ein positiver Haushaltsabschluss 2013. Damit seien auch Spielräume für das Haushaltsjahr 2014 gegeben. „Bleibt es also nach den Beratungen im Niedersächsischen Landtag bei der von der Landesregierung vorgeschlagenen Verschiebung um fünf Monate, dann können die Betroffenen dies nur als ein Indiz für mangelnde Wertschätzung ihrer Leistungen durch die Landesregierung

und die sie tragenden Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ansehen.“ Er setze nun auf den Mut der Regierungsfractionen „und auch auf die Erkenntnis dort, dass anstehende Wahltage auch Zahltage werden können“, so Schäfer weiter. Ein schnelles Signal, die Fehlentscheidung der Landesregierung revidieren zu wollen, wäre von nachhaltiger Wirkung, zeigte sich der NBB-Landesvorsitzende überzeugt.
(09/27/13)

dbb mecklenburg-vorpommern: Pauschalkritik unangebracht

(dbb) Der dbb mecklenburg-vorpommern hat davor gewarnt, für die Unzufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern mit Behörden und Ämtern allen die Beschäftigten in der Verwaltung verantwortlich zu machen. Mit Blick auf entsprechende Medienbeiträge zum Halbjahresbericht des Bürgerbeauftragten Matthias Crone verwies der dbb m-v auf die Folgen von Personalkürzungen: „Immerhin sind seit der Wende mehr als 100.000 Stellen im öffentlichen Dienst unseres Landes gestrichen worden. Dafür sollte man die Politik kritisieren und nicht die verbliebenen Beschäftigten“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 4. Juli 2013.

Crone hatte zwar eingeräumt, dass durch den massiven Stellenabbau der vergangenen Jahre eine Arbeitsverdichtung stattgefunden hat. Dazu sei aber anzumerken, dass die Reduzierung von 4 auf 2,5 Stellen nur auf dem Papier richtig ist. Tatsächlich sei außerdem durch Überlastung und Demotivation der Krankenstand in die Höhe geschneit, so dass die Arbeit de facto von noch weniger Mitarbeitern erledigt werden muss. Hinzu kämen zum Teil

nicht ausgegorene Strukturreformen, wie jüngste Korrekturen am Aufgabenzuordnungsgesetz zeigen. Diese verursachten zusätzlichen Aufwand und müssten allesamt von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst umgesetzt werden. So sei die Kreisgebietsreform bislang den Beweis für ihre Effizienz schuldig geblieben und auch die geplante Gerichtsstrukturreform stoße auf breite Kritik.
(10/27/13)

tbb reicht Petition zur Besoldung ein

(dbb) Der Thüringer Beamtenbund tbb hat beim Petitionsausschuss des Landtages eine Petition eingereicht und darin gefordert, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich für Beamte, Richter und Staatsanwälte zu übernehmen.

Die Landesregierung plant, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst zum Nachteil der Beamten zeitlich verschoben und für Anwärter der Höhe nach nur teilweise zu übernehmen. Das Tarifergebnis soll nach der bisherigen Ankündigung inhaltsgleich, aber zeitversetzt erst zum

1. Oktober 2013 und zum 1. August 2014 auf die Beamtinnen und Beamten in Thüringen übertragen werden. „Diese zeitliche Verzögerung von neun beziehungsweise sieben Monaten führt zu erheblichem Frust und vermittelt eine geringe Wertschätzung der Leistungen

der Beamtinnen und Beamten“, heißt es in der Petition. „Die Konformität von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten wird ohne sachlich ausreichende Rechtfertigung aufgegeben, was den Betroffenen nicht zu vermitteln ist und von Seiten unserer Mitglieder stark kritisiert wird. Eine Begründung für die zeitliche Verzögerung der Übertragung der Tarifergebnisse in 2013 um neun Monate sowie in 2014 um sieben Monate erfolgt dabei allein durch Verweis auf ‚haushalterische Belange des Landes‘.“

Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen wendet sich auch mit einer Postkartenaktion gegen die zeitliche Versetzung bei der Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten. „Wir fordern die Abgeordneten des Landtages auf, den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zu ändern und mit der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten nicht bis Oktober 2013 zu warten“, so Helmut Liebermann, Vorsitzender des tbb. (11/27/13)

VBB nennt Situation bei Bearbeitung von Beihilfeanträgen „unerträglich“

(dbb) Als „unerträglich“ hat der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) die Situation bei der Bearbeitung von Beihilfeanträgen bezeichnet. Zugleich machte der VBB am 10. Juli 2013 klar, dass die Verantwortung dafür nicht bei den Beihilfefestsetzern zu suchen ist, „sondern in der falschen politischen Grundentscheidung zur Abgabe der Personalabrechnung an die Bundesministerien des Innern und der Finanzen“.

Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen gebe es derzeit durch im Ruhestand befindliche Beihilfefestsetzer. Hinzu kämen bezahlte Überstunden - auch am Wochenende - und eine Erhöhung der Arbeitszeit bei Teilzeitbeschäftigten.

Darüber hinaus habe der Präsident des Bundesverwaltungsamtes (BVA) in Köln, Christoph Verenkotte, angeboten, bis zu 2.000 Akten von „Aktiven“ zur Bearbeitung im BVA zu übernehmen. So sollen Akten aus Stuttgart noch in

dieser Woche, Akten aus Düsseldorf noch im Juli nach Köln transportiert werden.

Der VBB kündigte an, in einem bereits vereinbarten Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfrage, Florian Scheurle, auf eine entsprechende Regelung für Beamtinnen und Beamte im Ruhestand hinzuwirken. (12/27/13)

Philologenverband: Schülermobbing wirksamer bekämpfen

(dbb) Verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen das Mobbing von Schülern hält der Deutsche Philologenverband (DPHV) für notwendig. Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 8. Juli 2013) sagte DPHV-Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger: „Das ist eines der schwierigsten Probleme an Schulen.“ Vor allem die Mittelstufe sei betroffen.

Viele Pädagogen seien darauf nicht vorbereitet, Eltern ahnungslos. Das Thema Mobbing verdiene auch in der Lehrerausbildung mehr Aufmerksamkeit, so Meidinger. Jeder Lehrer müsse mit Mobbing umgehen können. Der DPHV-Chef befürwortete deshalb Änderungen im Referendariat. Angehende Pädagogen sollten einen Fall aus dem Schulleben bekommen, den sie unter Anleitung lösen müssten. „Nur so können Lehrkräfte wirkliche Souveränität gewinnen“, zeigte sich Meidinger überzeugt.

Nach Schätzungen seien fünf Prozent der Schüler in Deutschland von Mobbing betroffen. Dabei spiele immer häufiger das Internet eine Rolle. Warnsignale seien, wenn Kinder etwa zunehmend in sich gekehrt seien oder wenn es zu verstecktem Gelächter komme. Meidinger appellierte an Eltern, sich bei Verdacht auf Mobbing an die Schulen zu wenden. Das Problem im Dialog mit mobbenden Kindern oder deren Familie selbst lösen zu wollen bringe wenig, so Meidinger: „Elternkriege anzuzetteln hilft nicht weiter.“ Mobbing müsse mit der gesamten Klasse aufgearbeitet und das Leiden

müsse sichtbar gemacht werden. Klassen- oder sogar Schulwechsel seien das allerletzte Mittel.

So etwas könne Mobber auch ermutigen.
(13/27/13)

VDR: Vielfalt der Bildungswege verhindert Jugendarbeitslosigkeit

(dbb) Der Bundesvorsitzende des VDR (Verband Deutscher Realschullehrer), Jürgen Böhm, sieht die Ursachen der hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen europäischen Ländern in verfehlter Bildungspolitik und fehlenden Differenzierungsmöglichkeiten im Schulwesen.

„Die einseitige Orientierung auf akademische Abschlussquoten, die Vernachlässigung der beruflichen Bildung und die fehlenden Differenzierungsangebote im öffentlichen Bildungswesen sind Ursachen der derzeit extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit in Ländern wie Frankreich, Italien, Portugal, Spanien und Griechenland“, sagte Böhm am 8. Juli 2013 zur Diskussion um die erschreckend hohe Jugendarbeitslosenquote in Europa.

Die Vielfalt der Bildungswege, die das differenzierte Schulwesen in Deutschland den Jugendlichen bietet, spiegelt sich, so Böhm, in der erfreulich niedrigen Arbeitslosenquote wider.

Durch Übergänge und Anschlüsse zwischen den differenzierten Angeboten werden Jugendlichen alle Wege offen gehalten und mannigfache Berufschancen eröffnet. Böhm warnte die Bildungspolitiker der Bundesländer, die Fehler einiger europäischer Länder zu wiederholen: „Wer auf Einheitsschulsysteme setzt, die Vielfalt der Menschen missachtet und individuelle Wege nicht zulässt, wird künftig Schiffbruch erleiden“, sagte er. Die Realschulbildung gebe den Jugendlichen die richtige Basis für eine qualifizierte Ausbildung und eröffne alle Bildungswege.
(14/27/13)

Eichkosten weiter bundeseinheitlich geregelt – BTE begrüßt Entscheidung des Bundesrats

(dbb) Eichkosten werden weiter bundeseinheitlich geregelt. Das sieht die Änderung der Eichkostenverordnung (EKV) vor, die der Bundesrat am 5. Juli 2013 in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beschlossen hat. Der BTE Gewerkschaft Mess- und Eichwesen begrüßte dies ausdrücklich. Die Länder rechnen mit jährlich sechs Millionen Euro Mehreinnahmen. Die EKV wird unmittelbar nach Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft treten.

Die EKV regelt die Gebühren, Auslagen und Stundensätze für Amtshandlungen der Eichverwaltungen und der staatlich anerkannten Prüfstellen. Die Gebührensätze waren zuletzt im Jahr 2001 angepasst worden. Deshalb waren die zuständigen Behörden zunehmend von einer starken Kostenunterdeckung betroffen. „Während von 2001 bis 2012 der Verbraucherindex um über 19 Prozent stieg, blieben die Eichgebühren in den Jahren gleich“, so Ronald Kraus, Bundesvorsitzender des BTE.

In verschiedenen Bundesländern hatten Rechnungshöfe oder Finanzministerien schon länger auf diese Problematik hingewiesen. Zum Teil wurden Neueinstellungen deshalb ausgesetzt. „Die nun erfolgte Anhebung um durchschnittlich zehn Prozent kann nur ein erster Schritt sein“, machte Kraus klar. Eine weitere Gebührenerhöhung sei notwendig und müsse nach der anstehenden Neuregelung des gesetzlichen Messwesens durchgeführt werden.
(15/27/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Zu den mehr als 1.500 Gästen, die Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 4. Juli 2013 in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin zur traditionellen „Stallwächterparty“ begrüßte, zählten neben viel Politprominenz auch dbb Chef **Klaus Dauderstädt** und der BBW-Landesvorsitzende und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Volker Stich**. Beide verwiesen in den Gesprächen immer wieder auf das Ärgernis Nummer 1 der Beamten in fast allen Bundesländern: das unbefriedigende Vorgehen der meisten Landesregierungen bei der Anpassung von Besoldung und Versorgung. Neben Bundespolitikern wie Finanzminister Wolfgang Schäuble, Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Grünen-Bundeschef Cem Özdemir hatten sich auch zahlreiche Mitglieder des baden-württembergischen Kabinetts und des Stuttgarter Landtags in der Landesvertretung eingefunden.

Der Sächsische Beamtenbund SBB hat sich am 28. Juni 2013 zu einem Gespräch mit Landesinnenminister Markus Ulbig getroffen. Dabei sei „eine breite Palette von Themen“ erörtert worden, teilte der SBB mit. So ging es unter anderem um die Übernahme des Tarifergebnisses für den Beamtenbereich, Fragen zum Dienstrechtsneuordnungsgesetz, zum Stellenabbau bei der Polizei und zur Demografie. Ulbig habe dem SBB eine Beteiligung an der Erarbeitung der Verwaltungsvorschriften – etwa zur Umsetzung der Laufbahnverordnung – angeboten. Der Landesvorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes, **Gerhard Pöschmann**, brachte in der Unterredung die Unzufriedenheit der Beamten mit der unvollständigen und schleppenden Übernahme der Tarifergebnisse zum Ausdruck.

Das Berufsbeamtentum muss sich reformieren und um seinen Erhalt kämpfen. Diese Auffassung hat der Bundesvorsitzende der Deutschen

Polizeigewerkschaft (DPolG), **Rainer Wendt**, in einem Gastbeitrag für den „Behörden Spiegel“ (Ausgabe vom 5. Juli 2013) vertreten. Die Doktrin „Privat vor Staat“ habe riesigen gesellschaftlichen Schaden angerichtet, die Politik habe den Vertrauens- und Autoritätsverlust des Staatswesens beschleunigt. „In manchen Kommunen gehen jetzt endlich die Lichter an und Rekommunalisierung in einigen Bereichen setzt sich zögerlich in Gang“, konstatiert Wendt. „Das Beamtentum selbst muss sich darum bemühen, Veränderungen in unserer Gesellschaft offen anzunehmen und selbst möglichst vorn an der Spitze notwendiger Reformbestrebungen zu sein“, so der Autor weiter, „denn nur dort ist der nötige Sachverstand, der bessere Lösungen findet, ohne gleichzeitig strukturelle neue Probleme zu produzieren.“

In den Jahren 2011 und 2012 hat die Bundesverwaltung Sponsoring-Leistungen im Wert von rund 76,9 Millionen Euro angenommen. Das geht aus dem am 4. Juli 2013 veröffentlichten Fünften Sponsoring-Bericht der Bundesregierung hervor. Der Bericht gibt Auskunft über die Leistungen Privater (Sponsoring, Spenden, sonstige Schenkungen) an die Behörden der unmittelbaren und mittelbaren Bundesverwaltung, an die Gerichte des Bundes und die Bundeswehr und wird als „Beitrag zur wirksamen Korruptionsprävention und Transparenz“ vom **Bundesinnenministerium** veröffentlicht. Der Großteil des Sponsorings entfiel mit rund 51,4 Millionen Euro auf Kampagnen zur Gesundheitsprävention, für die unter anderem Werbeflächen und Sendezeiten im Rundfunk zur Verfügung gestellt wurden. Ohne die finanzielle Unterstützung durch private Personen oder Institutionen hätten dieses und andere Vorhaben nicht oder nur in geringerem Umfang verwirklicht werden können, erklärte das Ministerium.
(16/27/13)